

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 89 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserte müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 4 gespaltene Zeile kostet 25 Pfg. — Arbeitergesuche (Inserte) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. zu senden.

Nr. 43.

Sonntag den 28. Oktober.

1900.

Expedition: G. Heinisch, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

## Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Süddraße 73 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## An die Herren Bevollmächtigten!

Die Tabak-Arbeiter-Bestellungen auf Monat November müssen bis spätestens Montag den 29. Oktober bei uns aufgegeben sein. Bestellungen, die später einlaufen, werden erst nach dem allgemeinen Versand berücksichtigt.

Die Expedition.

## Arm in Arm gegen die Arbeiter!

So marschiert die Regierung mit den Unternehmern. — Die Leipziger Volkszeitung veröffentlicht folgendes Schreiben, das schwarz auf weiß das Wort des ehemaligen Staatssekretärs des Innern, Herrn von Voetticher, bestätigt, als er den Herren von Stumm und Konsorten auf ihre Unzufriedenheit mit seiner doch gewiß nicht arbeiterfreundlichen Politik offen erklärte: „Meine Herren, wir arbeiten nur für Sie!“ Das Schreiben, dessen Echtheit die Leipziger Volkszeitung besonders betont, lautet:

Central-Verband deutscher Industriellen.

Berlin, den 3. August 1898.

Das Reichsamt des Innern hat mir persönlich gegenüber den Wunsch geäußert, daß die Industrie ihm 12 000 Mark zum Zwecke der Agitation für den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zur Verfügung stellen möchte. Ich habe diese Angelegenheit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Centralverbandes, Herrn Geh. Finanzrat Zende, unterbreitet, der es aus naheliegenden Gründen für zweckmäßig erachtet hat, dieses etwas eigentümliche Verlangen nicht zurückzuweisen. Herr Geheimrat Zende hat für die Firma Krupp 5000 Mark zu dem erwähnten Zweck zur Verfügung gestellt.

gez. G. A. Bueck.

Die bürgerliche Presse ist von dieser Enthüllung nicht erbaut und fordert von der Regierung Aufklärung über diese Neußerung. Aber man wird schwerlich die volle Wahrheit über den Vorgang hören. Ein kräftiges Wortlein wird dagegen im Reichstage über die Sache geredet werden.

Dies sich das Reichsamt des Innern wirklich geheime Zuschüsse für eine gegen die Arbeiterklasse gerichtete Politik von Unternehmern leisten, so liegt darin nicht nur eine Verfassungsverletzung der schlimmsten Art, sondern es enthüllt auch eine Willkür- und Korruptionswirtschaft, wie sie bisher in Deutschland für unmöglich gehalten wurde.

Wir wollen zunächst abwarten, was das Reichsamt des Innern zur Sache zu sagen hat und dann weiter über sie reden.

Bei Redaktionsschluß geht die Mitteilung durch bürgerliche Zeitungen, daß das Schreiben Buecks am 23. Oktober im Staatsministerium zur Sprache gekommen sei und deuten an, daß dadurch die Stellung Graf Posadowskys, des Staatssekretärs des Innern, unhaltbar geworden sei.

## Steuerzahler — rüftet Euch!

Immer und immer wieder drängen Agrarier und Regierungsmänner auf eine Erhöhung der Tabakzölle hin, trotz des ausgesprochensten Widerstandes der gesamten Tabakindustrie und der entschiedensten Abneigung der Konjumenten, die ganz mit Recht eine Erhöhung der Fabrikatpreise von einer Steigerung des Zolles befürchten. So hat vor kurzem der von Bescheidenheit keineswegs angekränkelte bayerische Finanzminister v. Niedel den Tabakbauern eine wohlklingende Erklärung durch den bayerischen Landwirtschaftsrat zukommen lassen, die unter anderem folgenden Satz enthält:

Einer angemessenen Erhöhung des dormaligen Tabakzölles stehen die Staatsministerien des Innern und der Finanzen entgegenkommend gegenüber und werden dieselben zu geeigneter Zeit und am zuständigen Orte den bezüglichen Vertretungen der bayerischen Tabakproduzenten die erforderliche Vertretung zukommen lassen.

Es ist bekannt, daß Herr v. Niedel ein eifriger Befürworter des von Miquel ausgebrüteten Fabrikatsteuerprojektes war und extra nach Berlin kam, um im Reichstag dieses Projekt mit durchdrücken zu helfen. Daß damals diese Pläne-Schmiede gründlich abfielen, hat sie nicht mutlos gemacht, wie die obige Erklärung beweist, die an Rücksichtslosigkeit gegen die für Deutschland so wichtige Tabak- resp. Cigarrenindustrie nichts zu wünschen übrig läßt.

Wie aber der Süddeutschen Tabakzeitung geschrieben wird, soll auch die sächsische Regierung für eine Erhöhung des Tabakzölles sein. Das Blatt meint, es vermöge nicht zu begreifen, wieso die sächsische Regierung für eine Tabakzollerhöhung eintreten könne, da doch Sachsen eine bedeutungsvolle Tabakindustrie habe. Wir glauben jenem Blatt hierüber Aufklärung geben zu können.

Die sächsische Regierung hat infolge einer ungesunden Finanzwirtschaft eine Finanzkalamität heraufbeschworen, aus der nur eine Rettung möglich ist, wenn Finanz- und Sozialpolitik der Regierungskreise einer gründlichen Aenderung zum Besseren unterzogen werden. Leider wird aber die alte reaktionäre Wirtschaft fortgeführt, und nun wird nach allen Seiten geangelt, um hier einen Bissen und da einen zu erhaschen. Von einer Erhöhung der Tabakzölle erhofft die Regierung eine Minderung der Matrikularbeiträge event. vielleicht gar eine Ueberweisung aus Reichsüberschüssen, wie in früheren Jahren. Deshalb nun aber für die schwere Schädigung der starken sächsischen Cigarren-Industrie einzutreten, ist unverantwortlich und wird der Regierung teuer zu stehen kommen. Dafür werden wir mit sorgen.

Die Nachricht, daß der Abg. Bassermann eine Erhöhung der Tabakzölle im Reichstag beantragen wolle, wurde von der Nationalliberalen Korrespondenz bestritten. Wenn wir dem auch Glauben schenken wollen, so wissen wir doch, das in der nationalliberalen Fraktion viele „unsichere Dantonisten“ sitzen, die bei günstiger Gelegenheit sofort der Tabakindustrie den Schlag einer Zollerhöhung skrupellos beibrächten. Hier ist Vorsicht unter allen Umständen nötig. Die Abgeordneten müssen gehörig ins Gebet genommen werden, zumal, da die Nationalliberale Korrespondenz ihre Ablehnung mit dem folgenden Nachsatz verbrämt:

Abgesehen davon, giebt der neue Zolltarif Veranlassung, u. a. auch die Frage, wie hoch der Zoll auf ausländischen Tabak zu bemessen ist, zu prüfen und darüber Beschluß zu fassen. Heute ist darüber keine Entscheidung möglich, und mit Interpellationen oder Initiativanträgen vor Einbringung des Zolltarifs hervorzutreten, dürfte vollständig zwecklos erscheinen.

In klarem Deutsch übersezt, sagt dazu die Deutsche Tabakzeitung, heißt es: Wenn wir bei der Beratung des Zolltarifs bei der Position „Tabak“ angekommen sind, dann haben wir ja Zeit, uns zu entschließen, welche Forderung wir unterstützen wollen.

Wir meinen, es wäre an der Zeit, bekannt zu geben, wie der neue Zolltarif eigentlich die Verzollung des Tabaks bemittelt. Die großmüßigen Agrarier werden von der ganzen Tabakindustrie zurückgewiesen werden, falls sie mit unverschämten Ansprüchen hervortreten. Enthält der neue Zolltarif keine die Tabakindustrie belästigenden Aenderungen, kann man das getrost bekannt geben, denn dann erwirbt sich die Regierung in der Tabakindustrie eine kräftige Stütze.

Besonders jetzt, wo die Krise ausgebrochen ist, die in erster Linie die Cigarrenindustrie trifft, wäre es geradezu vermessend, dieser Industrie durch höhere Zollvorschlüge noch größere Schwierigkeiten zu bereiten.

Ein Steuerbouquet, das aus höheren Getreide- und Tabakzölle, höherer Biersteuer zc. besteht, dem Volke angesichts der Krise zu präentieren, wäre ein Unterfangen, dessen Abstrafung durch Volksdemonstrationen nicht scharf genug ausfallen kann.

Da in der beginnenden Reichstagsession Aufschluß über diese Fragen erfolgen muß, so mag sich das Volk nur immer auf große Ueberraschungen und schwere Kämpfe vorbereiten.

## Arbeiterschutz und Submissionswesen.

Die Vergabe von Arbeiten und Lieferungen durch den Staat oder eine öffentliche Korporation erweckt den heftigsten Wettbewerb der Unternehmer. Die Ausschreibung erfolgt in der Regel öffentlich, der Kreis der Offerten ist also weitaus größer als bei den Lieferungen für Private. Zudem sind öffentliche Korporationen sichere Zahler, und die Zuweisung einer Lieferung für Staat oder Gemeinde vermehrt das Ansehen und den geschäftlichen Kredit des Erstehers. Jeder Unternehmer ist bestrebt, das billigste Angebot zu stellen und bei der Kalkulation der Preise ergiebt sich dann natürlich, daß eines der bequemsten Mittel zur Herabsetzung der Produktionskosten die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist. Der wahre Zusammenhang zwischen Produktionskosten und Arbeitszeit und Arbeitslohn ist unseren Unternehmern unbekannt. Sie halten es für eine vortreffliche Sache, ihren Konkurrenzkampf auf dem Rücken der Arbeiter auszufechten.

Daß der Staat, der solche Auswüchse des Submissionswesens duldet, seine sozialen Pflichten gröblich verletzt, bedarf keiner ausführlichen Begründung. Theoretisch wenigstens wird von allen Seiten zugegeben, daß der Staat — und das gilt ebenso von allen öffentlichen Körperschaften — den von ihm direkt beschäftigten Arbeitern anständige Arbeitsbedingungen gewähren müsse, wenn auch dieser Grundsatz in den österreichischen Staatsbetrieben noch lange nicht verwirklicht ist. Offenbar kann es nun keinen Unterschied machen, ob der Staat Arbeiten in eigener Regie ausführt oder, sie durch Privatunternehmer ausführen läßt. Es kommt nicht darauf an, wer dem Arbeiter gegenüber direkt als „Arbeitgeber“ erscheint, sondern darauf, in wessen Auftrag und mit wessen Mitteln die Arbeit ausgeführt wird. Der Staat darf sich seinen Pflichten nicht dadurch entziehen, daß er den Lieferanten vorschreibt.

Die Regelung des Submissionswesens nach sozialpolitischen Gesichtspunkten ist also eine wohl begründete Forderung. Auch die Unternehmer können sie nicht bekämpfen. Ihre Durchführung trifft alle Konkurrenten gleichmäßig. Der Einwand, daß der Staat durch die Fixierung bestimmter Arbeitsbedingungen, die den bei den Lieferungen für den Staat beschäftigten Arbeitern gewährt werden müssen, auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse überhaupt einwirke — an sich ein unhaltbarer Einwand —, ist jedenfalls nicht stichhaltig, wenn der Staat sich darauf beschränkt, nur solche Bedingungen vorzuschreiben, die in den bestgeleiteten Betrieben der Branche ohnehin eingeführt sind. Aber derselbe Mangel an Einsicht, der die Privatunternehmer verleitet, die Produktionskosten durch Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse zu verringern, bewirkt die ablehnende Haltung der staatlichen Verwaltung gegen die Forderung, daß der Zuschlag einer Lieferung an die Uebernahme bestimmter Verpflichtungen bezüglich der Arbeitszeiten und Arbeitslöhne geknüpft sein soll. Der Fiskus argumentiert, daß dann der Preis der Lieferungen steigen müsse, und hält es deshalb für besser, die Freiheit der Ausbeutung nicht zu beschränken.

Im arbeitsstatistischen Amt in Oesterreich ist man mit dem Studium der Submissionsfrage beschäftigt. Aus einem Bericht des Amtes ist folgendes hervorzuheben:

Ueber die Erfahrungen in England hat ein Ausschuß des Unterhauses genaue Untersuchungen angestellt. „Aus der ganzen Enquete geht die wichtige Thatsache hervor, daß die Einführung der Lohnklausel die Kosten der öffentlichen Arbeiten und Lieferungen in keinem nennenswerten Maße erhöht hat. Es sind also durch die Forderung angemessener Löhne in den staatlichen Submissionskontrakten weder die fiskalischen noch die gewerblichen Interessen geschädigt worden.“

In Amsterdam hatten die ziffermäßige Festsetzung eines Minimallohnes, die Beschränkung der Zahl der jugendlichen (14- bis 23jährigen) Hilfsarbeiter auf ein Fünftel der Gesamtzahl, das Verbot der Verwendung von Kindern unter 14 Jahren, Beschränkungen des Accordlohnsystems u. s. w. das Ergebnis, daß „nicht nur die Unternehmer von ihrem Konkurrenzstandpunkt aus mit den Bedingungen der Gemeinde zufrieden waren, sondern daß sich auch die thatächlichen Mehrkosten der städtischen Arbeiten, die im vornhinein mit 3 Prozent veranschlagt waren, eher als geringer erwiesen.“

Die Erfolge in Belgien waren außerordentlich günstige. „Nach Ansicht der Chefingenieure des Straßen- und Brückenbaues hat die Einführung des Minimallohnes im allgemeinen eine Erhöhung der Zuschlagspreise nicht zur Folge gehabt. Die Unternehmer trachten im Gegenteil nur dadurch ungeübte oder minder arbeitsfähige Personen von ihren Baustellen fernzuhalten, um so eine dem Lohn entsprechende Arbeit zu erhalten. Die Qualität der

**Öffentlichen Arbeiten wird demnach durch den Minimallohn gefördert, ohne daß die Kosten derselben gesteigert worden sind ...** Keine einzige Provinzialverwaltung hat irgendwelche Beschwerden gegen die Reform von Seite der Unternehmer oder Arbeiter mitzuteilen oder über nachteilige finanzielle Folgen des Systems zu klagen. Die Provinz Brabant konstatiert sogar ausdrücklich, daß die Minimallohnklauseel keinen Einfluß auf die Kosten ihrer Arbeiten geübt habe; in Westflandern wurden nach Ansicht der dortigen Verwaltung durch die besagte Klausel die Löhne auf eine angemessene (equitable) Höhe gebracht, ohne daß der Provinz dadurch allzu schwere Opfer auferlegt worden wären ... Eine einzige Gemeinde meldete eine Zunahme der Kosten.

So erweisen die gemachten Erfahrungen immer mehr die Widersinnigkeit und Schädlichkeit des Submissionswesens.

## Brief aus Amerika.

**New York, 8. Oktober.** Der Streik der Kohlengräber in der Anthracitregion Pennsylvaniens hat seit meinen vorigen Mitteilungen täglich größere Dimensionen angenommen, so daß seit voriger Woche von den etwas über 140 000 Arbeitern der Region über 130 000 beteiligt sind. Es war dies für die republikanischen Parteiführer augenscheinlich eine Ueberraschung; sie hatten bestimmt erwartet, daß die Beordnung von Miliztruppen zum „Schutze der Arbeitswilligen“ eine schnelle Beendigung des Streiks herbeiführen werde, so daß derselbe keine schlimme Einwirkung auf die im November stattfindende Präsidentenwahl ausübe. Wie schon mitgeteilt, war aber der Effekt ein entgegengesetzter, indem sich der Streik gleich danach auf Distrikte, resp. Minen erstreckte, wo man dies durchaus nicht erwartete. Wie erinnerlich, ist der Streik hauptsächlich inszeniert worden gegen das Trucksystem (das daselbst verbotende Gesetz ist, gleich diversen anderen, seiner Zeit vom Staats-Obergericht als „unkonstitutionell“ erklärt worden), den unverschämte hohen Pulverpreis und die Berechnung einer Tonne — wonach die Löhne gezahlt werden — zu 3200 statt 2400 Pfund, wozu sich noch einige weniger wichtige Beschwerden und die Forderung auf Erhöhung der Löhne gesellen.

Nun hat sich aber herausgestellt, daß die Reading Comp., mit ca. 27 000 Arbeitern, sowie fast sämtliche „individuellen“ Unternehmer keine Läden führen und das Pulver beinahe zum Einkaufspreis liefern, bei genannter Gesellschaft auch die 14tägige, statt monatliche, Lohnzahlung gebräuchlich ist. Daß sich trotzdem der Ausstand auch auf die Gruben dieser Unternehmer erstreckte, und andererseits aus dem im vorigen Brief angegebenen Grunde keine Parteiführer darauf, daß das angewendete Mittel ein verfehltes war und auf die Unternehmer eingewirkt werden müsse, den Streik durch Konzessionen zu beenden. Es ward bekannt, daß das Oberhaupt der republikanischen Partei, **Mark Hanna**, mit demjenigen der Anthracitregion **Pierpont Morgan** und sonstigen Vertretern der beteiligten Kohlenminen- und zugleich Eisenbahngesellschaften eine Besprechung hatte, wonach einige der letzteren eine Lohnerhöhung von 10 Prozent und Ermäßigung des Pulverpreises von 2.75 Dollar auf 1.50 Dollar per Faß offerierten, wobei sie immer noch 50 Cents oder mehr Profit machen. Da die übrigen Gesellschaften zögerten, so ward auf dieselben in der Weise eine PreSSION ausgeübt, daß der Gouverneur die Zurückziehung der Miliztruppen androhte und einen Teil derselben auch nach Hause beorderte. Dann folgten diese mit derselben Offerte, bis auf einige, die sich noch heute sträuben. Die „individuellen“ Unternehmer — welche nicht zu den Beratungen zugezogen worden waren — erklärten, daß sie nicht in der Lage seien, eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen, wenn die Eisenbahngesellschaften die Frachtraten nicht heruntersetzten; letzteres scheint inzwischen vereinbart worden zu sein, denn in den letzten Tagen erklärten sie sich ebenfalls zu einer Lohnerhöhung von 10 Prozent bereit. Daraufhin ist nun von den Beamten des Bergarbeiterverbandes eine Konvention auf nächsten Freitag einberufen worden, um Entscheidung über Annahme oder Verwerfung der Offerte zu treffen.

Da die Pulverpreisermäßigung bei der Lohnerhöhung in Rechnung kommen soll, so schien es, als ob dies gar eine **Lohnreduktion** involviere; dies ergab sich indessen zwar nicht, doch beträgt die Differenz in der Lohnhöhe für 100 Waggons nur 5.54 Dollar (57.65 statt 52.11 Dollar). Der Kampf wäre also, bei Eingehen auf den Kompromiß, nicht einmal ein solcher um „etwas Butter aufs Brot“ gewesen!

Hierzu kommt noch, daß erfahrungsgemäß eine Lohnerhöhung keinen Wert hat, so lange das „Sliding Scale“-System bleibt, d. i. die jeweilige Festsetzung des Lohnes nach dem Stand des Kohlenpreises ab den Gruben; denn die das ganze Anthracitkohlegeschäft kontrollierenden Gesellschaften können ohne Nachteil diesen Preis auf ein niedriges Niveau setzen, da sie durch Erhöhung der Frachtraten die Differenz wieder auszugleichen vermögen.

Von den oben angeführten Hauptbeschwerden neben der gegen den Pulverpreis ist in den Berichten aus dem Streikgebiet keine Rede mehr, ebensowenig bezüglich Anerkennung des Bergarbeiterverbandes. Es bleibt also abzuwarten, wie sich die einberufene Konvention zu diesen Punkten verhalten wird.

Von Interesse ist ein im Verlaufe des Streits zur Kenntnis gekommener Umstand. Wie schon mitgeteilt, hatte ein starker Wegzug von Kohlengräbern nach den **Weichkohlen-Gebieten Pennsylvaniens** begonnen; der „General-Council“ der Miners erklärte sich darauf gegen diese Ueberjiedelung, „weil dort in vielen Gruben kein Unionlohn gezahlt wird und auch sonst die Unionregeln in den wenigsten Fällen beachtet werden“. Hierbei muß in Betracht gezogen werden, daß nach den letzten, angeblich „erfolgreichen“ Streiks in den Weichkohlengebieten Pennsylvaniens und anderer Staaten, die sich aber hinterher als perfekte Niederlagen erwiesen, die meisten Unternehmer — in erster Linie die **Mark Hannasche** Gesellschaft — den Bergarbeiterverband „anerkannt“ und die Einklassierung der Mitgliederbeiträge für denselben, mit oder gegen den Willen der Arbeiter, übernahmen. (Das sogen. „Check off“-System). Mit obiger Erklärung ist nun „offiziell“ konstatiert, was von unterrichteten Personen schon damals, als die Verbandsführer den „Sieg“ auszusprechen, erkannt worden war.

## Rundschau.

**Das kleine Zuchthausgesetz**, welches sich die Republik Lübeck zugelegt hat, war Gegenstand einer Gerichtsverhandlung in Brandenburg. Lübecks hochwohlweiser Senat erließ bald nach der Verschärfung der Zuchthausvorlage eine Verordnung, in der das Streikpostenstehen — entgegen dem Reichsgesetze — verboten wurde. Von Seiten der Reichsregierung ist trotz der von unseren Genossen im Reichstage erhobenen Beschwerden nichts gegen diese Gesetzeswidrigkeit unternommen worden. Die Brandenburger Zeitung hatte nun die Lübecker Arbeiter aufgefordert, diese Verordnung nicht zu beachten. Deswegen stand der Redakteur, Genosse **Huth**, unter der Anklage zum Ungehörig gegen Gesetze und rechtsgültige Verordnungen aufgefordert zu haben, vor dem Amtsgericht in Brandenburg. Dieses erkannte jedoch, daß das Verfahren einzustellen sei, weil die **Verordnung des Lübecker Senats rechtsgültig ist**. Ein Verbot und eine Bestrafung des Streikpostenstehens könne nur durch die Reichsgesetzgebung erfolgen.

In Hamburg jedoch erkannte das Gericht in einem Prozeß gegen den Abgeordneten **Mollenhuth** die Verordnung als zu Recht bestehend an. Gegen diesen letzteren Beschluß wird die höhere Instanz angerufen. Zugleich muß der Reichstag eingreifen.

**Der Hirtenbrief** mitsamt der Interpretation des Erzbischofs von Freiburg ist der ultramontanen großen Presse jetzt sehr unangenehm. Freilich, die wirkliche Kaplanspresse, die mittleren und kleinen Heftblätter freuen sich darüber und geben den christlichen Gewerkschaftlern noch viel bitterere Billen zu schlucken. Führer à la Brust, der erst wider den klerikalen Stachel lösen wollte, aber schnell wieder eingeschwenkt ist, knien ob dieser geistlichen Verwarnung zusammen und werden reuige Sünder. Auch das bestätigt unsere Auffassung von dem Werte ihrer großspurigen Reden auf dem christlichen Gewerkschaftskongresse.

Während die Kölnische Volkszeitung schrieb:

Wir stehen nicht an, diese Kundgebung als eine tief bedauerliche zu bezeichnen, die sich nur durch irrtümliche Information des Herrn Erzbischofs von Freiburg erklären läßt. Wir werden diesen Satz in aller Ruhe und mit der gebührenden Ehrerbietung vor dem hohen Amte des Herrn Erzbischofs, aber auch mit voller Offenheit begründen. —

erklären eine Reihe klerikaler Zeitungen, der Herr Erzbischof habe ihnen ans der Seele gesprochen. Derselben der Blätter, die das Rundschreiben tadeln, heucheln ihren Lesern aus den Arbeiterkreisen etwas vor. Sie wissen, daß sie in den Industriestädten die Stimmen der Arbeiter bei den Wahlen nötig haben. Jetzt macht ein Artikel die Kunde durch die rheinische Centrumpresse, der die Stimmung in den Kreisen wohl am besten wiedergibt. Wir entnehmen ihm folgendes:

Uns ist z. B. noch vor kurzem von durchaus glaubhaften Personen berichtet worden, daß gewisse Agitatoren (nicht etwa ungeschulte Arbeiter), die Rheinland und Westfalen bereisen, um für die Gewerkschaften Mitglieder anzuwerben, in ihren Reden nicht selten einen Ton anschlagen, den man sonst nur in sozialdemokratischen Heberwerbungen zu hören gewohnt ist. Wo diese Agitatoren erst Fuß gefaßt haben, da ist es in der Regel mit dem bisherigen Frieden und dem guten Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern endgültig zu Ende. Kann man es da den Fabrikbesitzern übel nehmen, wenn sie von diesen Segnungen der vielgepriesenen christlichen Gewerkschaftsbewegung nichts wissen wollen? Noch jüngst erlebten die Fabrikanten in Borghorst gegen die dortige Ortsgruppe des Verbandes christlicher Textilarbeiter nachfolgende Befanntmachung: „Um das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht zu stören, haben sämtliche Firmen beschlossen, fürderhin kein Mitglied des christlichen Textilarbeiterverbandes mehr zu beschäftigen.“ Diese einmütige Stellungnahme der Borghorster Fabrikanten, unter denen sich unseres Wissens mehrere Anhänger der Centrumpartei und warme Freunde der Sozialreform befinden, zeigt, daß in der Gewerkschaftsbewegung, die sich heute noch christlich nennt, nicht alles so ist, wie es sein soll, und daß sie große Gefahren für den sozialen Frieden in sich birgt. Und wie die Fabrikanten in Borghorst, denken die Unternehmer im allgemeinen.

Unter den gewissen Agitatoren versteht die Centrumpresse den Arbeitersekretär **Viesler**, Kaplan **Müller** aus M.-Gladbach und noch einige andere niedere Geistliche aus dem Rheinland.

**Ein amtliches Urteil über die Gewerbegerichte.** Wie schon wiederholt bemerkt, kämpfen die Arbeiter in manchen Industriebezirken schon seit Jahren vergeblich um die Errichtung von Gewerbegerichten. Unter den Gründen, die dagegen vorgebracht werden, spielt auch öfter die Behauptung eine Rolle, die sozialdemokratischen Arbeiterbeisitzer seien nicht unparteiisch. Diese Behauptung wurde jetzt auch wieder in dem für Birnia zuständigen und vom Ministerium über die Errichtung eines Gewerbegerichts befragten Kreisauschuß aufgestellt. Das veranlaßte den Berichterstatter, Oberregierungsrat **Dr. Krüsch**, zu betonen, daß er vier Jahre als Vorsitzender ein Gewerbegericht geleitet habe, dessen Beisitzer ausgesprochene Sozialdemokraten waren, aber er habe von einer Parteilichkeit dieser Beisitzer nichts bemerkt. Auch die sozialdemokratischen Beisitzer hätten mit voller Sachlichkeit über ihre eigenen Klagen genossen geurteilt. — Diese Anschauung wird von nahezu sämtlichen Gewerbegerichten geteilt.

**Der Abgang des Fabrikinspektors für das Herzogtum Coburg-Gotha**, des Herrn **Dr. v. Schwarz**, erregte seiner Zeit in der Presse deshalb ein großes Aufsehen, weil behauptet worden war, dieser Abgang sei nicht ganz freiwillig erfolgt, vielmehr durch einen lauten Druck veranlaßt, weil Herr **Dr. v. Schwarz** den Unternehmern und der „gut“ gesinnten Presse wegen seiner Unparteilichkeit unangenehm war. Diese Auffassung erfährt jetzt durch eine Auseinandersetzung in der Presse ihre Bestätigung. Im letzten Jahresbericht der Fabrikinspektion, der noch von Herrn **Dr. v. Schwarz** verfaßt ist, befindet sich auch ein Abschnitt: **Verkehr mit der Presse**. Darin ist aber nur unseres hiesigen Parteiblattes, des **Volksblattes**, und zwar in anerkennender Weise gedacht. Darüber ist nun die **Gothaische Zeitung** höchlichst entrüstet und macht ihrem Unwillen in dieser niederträchtigen und hämischen Weise Luft:

Herr **Dr. v. Schwarz** kennt nur eine „Volkspresse für Coburg und Gotha“, das **Volksblatt**, mit diesem allein steht er im „Verkehr“; nur „öffentliche Klagen“, die das Organ Bod kundgiebt sind für ihn vorhanden, für die **Stänkereien, Anfeindungen und falschen Beschuldigungen**, die sich in den „Briefkasten“ des **Volksblattes** flüchten, ist der gewissenhafte Beamte zu haben, der in der „Redaktion der Volkspreise“ persönlich vorpricht, sogar mit ihr einen Briefaustausch über die „Angelegenheit des Jahresberichtes“ unterhält; da haben wohl die Herren Bod u. Zoos erst genehmigen müssen, was Herr **Dr. v. Schwarz** zu berichten **wagen** darf! Wie ist solches möglich, wo war der Aufsichtsbeamte, der diesen „Fabrikinspektor“ darauf hätte aufmerksam machen müssen, daß sein Amt ihm doch noch andere Pflichten auferlegt, als nur nach den schönen Augen der „Noten“ zu **schielen**, daß er z. B. doch auch berufen sei, die Interessen der „Nichtorganisierten“ wahrzunehmen, wozu er Gelegenheit oft genug gehabt hätte, ja daß sogar auch die Arbeit-

nehmer ein Recht darauf hätten, vom Fabrikinspektor Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen zu verlangen, daß er unparteiisch zu revidieren und inspizieren habe? Das hat augenscheinlich Herr **v. Schwarz** nur sehr wenig gekümmert; die Sozialdemokraten machen im Landtage den meisten Lärm, stellst du dich mit ihnen gut, so bist du geborgen, so war wohl sein Kalkül und augenscheinlich hat er sich nicht verrechnet. Nun ist es auch zu verstehen, daß die „Zielbewußten“ diesen Fabrikinspektor nur mit schwerem Herzen von hier scheiden sahen. Weniger leicht verständlich aber ist es, daß die vorgeordnete Behörde das Opus dieses allerdings inzwischen ausgeschiedenen „Arbeiterfreundes“ als amtliche Befanntmachung in die Welt hinausgehen läßt. Nun, die Gelehrten im Reich zerbrechen sich die Köpfe über das Anwachsen der Sozialdemokratie in unserem Herzogtum, ihnen sei dieser „Jahresbericht“ zum Studium empfohlen, dann wird ihnen manches klar werden, aber in anderem Sinne als Herr **v. Schwarz** und die Genossen dies glauben machen möchten!

In einer späteren Nummer bestätigt das saubere Blatt, daß Herr **Dr. v. Schwarz** abtreten mußte, weil er zu unparteiisch war, „denn“ so schreibt das saubere Blatt, „ein Beamter, der der „sozialdemokratischen Arbeiterpresse“ so genehm ist, wie Herr **Dr. v. Schwarz**, der muß schon auf den Zukunftstaat warten, ehe er seine Kräfte voll entfalten kann; in der jetzigen Staatsorganisation ist für ihn noch kein Platz.“

In der neuesten Nummer des **Gothaischen Volksblattes** veröffentlicht nun Herr **v. Schwarz** einen Brief, in dem er unserem Bruderblatte dankt, daß dieses die Anrempelungen des Bourgeoisblattes auf ihn bereits zurückgewiesen habe, und eine ausführliche Antwort, die als besondere Beilage auf Kosten des Herrn **v. Schwarz** im **Volksblatt** erscheinen soll, in Aussicht stellt. Bei seiner nächsten Anwesenheit in Gotha will Herr **v. Schwarz** der Redaktion unseres Bruderblattes noch persönlich seinen Dank abtasten. Das **Volksblatt** wird natürlich die Antwort des Herrn **v. Schwarz** abdrucken.

Man sieht, ein Fabrikinspektor, der die Anerkennung der Arbeiter findet, d. h. der unparteiisch ist, hat ein schweres Dasein und ist in der Regel ganz unmöglich.

**Bei der Gewerbegerichts Wahl** für den Kreis **Mörs** siegte in Orsoy die Liste der Arbeitnehmer der freien Gewerkschaften, die ausschließlich aus Tabakarbeitern bestand. Die katholischen bzw. christlichen Gewerkschaftler agitierten scharf, aber vergebens. Die Kandidaten der freien Gewerkschaften erhielten doppelt so viel Stimmen.

## Gewerkschaftliches.

**Birnbaum.** Da Maßregelung und Lohndifferenzen bestehen, ist Zuzug streng fernzuhalten.

Der Zuzug nach **Alt- und Neu-Muppin** ist wegen Lohndifferenzen streng fernzuhalten.

**Zinsterwalde.** Ersuchen den Zuzug streng fernzuhalten, da hier noch viele Arbeitslose sind. Das Umschauen ist streng verboten.

**Oberhausen.** Hier bestehen Lohndifferenzen; deshalb ersuchen wir, Zuzug fernzuhalten.

**Bretten.** Da den Arbeitern der hiesigen Fabrik eine Lohnreduktion angekündigt wurde, so bitten wir, den Zuzug nach hier fernzuhalten.

**Cannstatt.** Bei der am Montag abend den 22. Oktbr. stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde nach vorangegangener Unterhandlungen der Vorortskommission mit den Herren **Strauß** die über diese Fabrik verhängte Sperre aufgehoben; somit ist der Zuzug nach Cannstatt wieder freigegeben.

**Achtung, Tabakarbeiter!** Bei der Firma **Pfister u. Gutzabel**, Knochenhauerstraße 10, 2. Etg. (Himmelsleiter), Hamburg, stellen die Tabakarbeiter Lohnforderungen. Zugeständnisse wurden nicht gemacht. Die Firma lehnte es ab, in eine Unterhandlung einzutreten. Hierauf legten alle Arbeiter die Arbeit nieder. Bemerk sei noch, daß genannte Firma Löhne zahlt, wie jebige in Süddeutschland üblich sind. Wir ersuchen, dort nicht in Arbeit zu treten, bis die Angelegenheit von uns als geregelt erklärt ist.

Die geschäftsführende Kommission.

**Schwepnitz.** Zuzug nach Schwepnitz ist streng fernzuhalten, da Lohndifferenzen bestehen.

**Arbeiter-Sekretariat in Lübeck.** Die Gewerkschaften in Lübeck beschlossen durch Abstimmung die Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats. Mehr als dreiviertel der Abstimmenden sprachen sich dafür aus.

**Zu einer imposanten Protestkundgebung**, an der sich die Gewerkschaften, die Gewerbevereine und die christlichen Gewerkschaften übereinstimmend zusammenfanden, kam es am Sonntag in einer Versammlung der Gewerkschaften in Mannheim. In der Gasmotorenfabrik von **Benz u. Co.** waren in letzter Zeit fortgesetzt organisierte Arbeiter, unter anderem auch Mitglieder des **Fabrik-Ausschusses**, entlassen worden. Als Grund für diese Maßnahmen konnte man nur annehmen, daß der Fabrikleitung die Beschwerden des Ausschusses unangenehm würden, weshalb man die Beschwerdeführer, langjährige in der Fabrik beschäftigte Arbeiter, entließ. Das rücksichtslose Vorgehen der Firma hatte die Arbeiter aufs höchste erbittert und deshalb wies die zur Sache einberufene Versammlung der Gewerkschaften eine über Erwarten zahlreiche Beteiligung auf. Die Differenzen zwischen den einzelnen Organisationen waren vergessen, alle Redner erklärten, daß gegen diese Gewaltmaßregeln alle zusammenstehen müssen. Ein Redner der Gewerbevereine bemerkte in seinem Unmut: „Er beleuchte offen, daß er in der Konferenz mit der Leitung der Fabrik **Benz u. Co.** den Glauben an die Möglichkeit eines Zusammengehens von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, den er 20 Jahre lang gepredigt, gründlich eingebüßt habe. Die Firma **Benz u. Co.** habe bisher in dem Ruhe gestanden, noch eine der humansten zu sein. Wenn derartige am grünen Holz passiere, was sei da vom dünnen zu hoffen.“ Zum Schluß gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Arbeiter einmütig gegen diese Maßregelungen protestierten.

## Betrachtung über die Generalversammlung.

Nachdem dieselbe ihre Arbeit beendet, kann jedes Mitglied seine Betrachtung darüber anstellen. Besonders da wir einer Geschäftskrisis entgegen gehen, von der ja nicht zu übersehen ist, welchen Umfang sie annehmen wird. Dabei wird sich das kapitalistische Uebergewicht sehr bemerkbar machen. Die Arbeiter werden so viel als möglich entlassen oder in der Arbeit beschränkt; dann kommt die Herabdrückung der Löhne, was ja bei solcher Zeit am besten möglich ist, denn wer billige Arbeit nicht macht, der fliegt hinaus. Viele werden froh sein, Arbeit zu behalten, um nicht die Landstraße mit zu bevölkern und vielleicht ein Vierteljahr ohne Arbeit herumzulaufen. Wie schwer denen häufig die **Verbandssteuer** fällt, das wird wohl jeder wissen,

und auch die Generalversammlung. Sie hat ja auch den schlechten Geschäftsgang und die Unterbilanz des Verbandes im Auge haben müssen und hat reduziert, wo es möglich war, um sparsam zu wirtschaften. Es wird freilich manchen schwer treffen, welcher bei der Geschäftskrise lange laufen muß und keine Unterstützung mehr bekommt. Dann fällt derselbe den Kollegen doch zur Last. Mit der Verkaufslieferung der Umzugsgelder scheint man etwas zu bürokratisch verfahren zu sein. Die Generalversammlung mag ja entsprechende Gründe dazu gehabt haben. In der Hauptsache war ja das Gleichgewicht in unseren Finanzen wieder herzustellen, wozu jedes Mitglied verpflichtet ist. Und wenn Extrabeiträge gezahlt werden müßten, wer es ernst mit dem Verbandsmitgliedern meint, würde sie zahlen.

Sätten nun die Delegierten in Anbetracht der schlechten Zeit nicht auch denken können, wir müssen auch ein kleines Opfer bringen? Da scheint es aber so auszufallen wie in manchem Parlament: Spart, wo Ihr könnt, aber rührt uns nicht an. War es denn nicht möglich, mit 8-9 Mark täglich zu leben? Zu Hause wird manch einer nicht 3 Mark zum Leben haben. Was sollen jene denken, die wöchentlich 10 Mark verdienen und Sonnabends ihren Beitrag bezahlen und dabei denken müssen, davon werden 10 Mark täglich an Delegierte bezahlt! Da möchte wohl mancher den Beitrag lieber wieder zurückziehen, wenn ihm nicht der Verband am Herzen läge und der Solidaritätsgedanke die Mitglieder zusammenhielte. Es wurde gesagt, man solle sich doch nicht schlechter stellen, als bei der Arbeit, man solle bestrebt sein, den Lohn zu erhöhen. Sehr wahr! Aber bei uns ist es wohl nicht mehr durchführbar, in jetziger Zeit können wir nicht mehr nach oben abrunden. Das war wohl möglich vor 25-30 Jahren, aber aus der Zeit sind wir heraus, die kommt nicht wieder. Wie muß es nun die Mitglieder berühren, da viele Anträge für Herabsetzung der Diäten vorhanden waren, die abgelehnt wurden. Denn wenn Anträge gestellt wurden, werden auch Gründe dafür vorhanden sein. Sonst brauchen ja die Mitglieder gar keine Anträge mehr zu stellen. Die Delegierten machen alles nach ihrer Meinung, die Mitglieder sind Luft.\* Ein anderer Delegierter macht eine Rechnung auf, daß es nicht billiger geht; das können wir auch wissen, aber auch, wie es sich billiger leben läßt und doch anständig. Dann beschwert sich derselbe über Beschädigung der Kleider; nun, dann muß einfach ein jeder, der delegiert wird, einen neuen Anzug bekommen. Warum geht es denn bei der Krankenkasse? Da sind häufig dieselben Herren; da kommen die Verheirateten mit 9 Mark, die Ledigen mit 7.50 Mark aus. Auch gibt es gutsituierte Gewerke, wie Dachdecker, die gegen uns das doppelte verdienen; diese zahlen ihren Delegierten nur 8 Mark. Darum denkt daran, nächstes Mal bei den Delegierten zu sparen anzufangen, dann werden auch die Mitglieder gern Opfer bringen, wenn sie sehen, Ihr geht mit gutem Beispiel voran.

Sonst sind wir der Ansicht, wie die Dresdener Mitglieder, die Diäten- und Generalversammlungsangelegenheit (?) durch Urabstimmung zu regeln.  
Schwepnitz, im Oktober. J. A.: W. Lantsch.

\* Das ist doch mindestens eine Uebertreibung. Ist denn die Diätenfrage wirklich eine so wichtige, daß man den Apparat einer Urabstimmung deshalb in Bewegung setzen will? Man urteile doch selber über diese Frage, sonst gibt man sich vor unseren Gegnern eine Blöße.  
Die Redaktion.

## Berichte.

**Töbau.** Am 15. Oktober fand eine von 42 Personen besuchte Besprechung der Einzelmitglieder des Tabakarbeiter-Verbandes statt. Nachdem eines verstorbenen Mitgliedes, Kollegen Dittmann, ehrend gedacht worden, berichtete der Delegierte des Gewerkschaftskartells über den Halbjahrs-Geschäftsbericht desselben. Nach diesem erstattete der Delegierte zur Generalversammlung seinen Bericht. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe in 1<sup>o</sup> stündigen Ausführungen. Nach diesem fand eine lebhafteste Debatte über die Generalversammlung statt. In derselben wird besonders hervorgehoben, daß die Umzugsunterstützung durch die gemachte Einschränkung so gut wie keinen Zweck mehr hätte. Dem unnützen Umherziehen mußte selbstverständlich ein Riegel vorgeschoben werden, aber die Generalversammlung ist dabei doch zu weit gegangen. Folgende Resolution wurde gegen drei Stimmen angenommen: „Die Einzelmitglieder von Töbau sind mit den Beschlüssen der Generalversammlung allenthalben einverstanden, bebauern jedoch die Haltung derselben bei Beratung der Streikunterstützung, bei Festsetzung der Diäten und Umzugsunterstützung an Verheiratete. Die Mitglieder sprechen noch den Wunsch aus, die nächsten Generalversammlungen an billigere und geographisch geeignetere Orte zu verlegen.“

**Würzburg.** Am Sonntag, 14. Oktober vormittags 10 Uhr, fand bei Graf eine Mitgliederversammlung statt, in der Bericht über die Generalversammlung erstattet wurde. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung und mit dem Verhalten des Delegierten einverstanden. Auch der Schwaipacher Streik kam zur Sprache; es wurde allgemein der Ansicht zugestimmt, daß man versuchen soll, die dortigen Tabakarbeiter in den Verband zu bringen, um dann gemeinschaftlich unsere Lage verbessern zu können.

**Kreischa.** Mitgliederversammlung vom 6. Oktober. Tagesordnung: Berichterstattung von der Generalversammlung. Kollege Haberland-Deuben gibt einen ausführlichen Bericht von der Generalversammlung. Es entspann sich eine kurze Debatte über die Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung. Die hiesigen Mitglieder hatten auf eine Urabstimmung gerechnet, aber auch diese wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Folgende Resolution: „Die Mitgliederversammlung der Zahlstelle Kreischa erklärt sich mit dem Verhalten unseres Delegierten Haberland einverstanden“ wurde angenommen.

**Bremen.** Den Bericht der Mitgliederversammlung vom 7. Oktober 1900 in Nr. 42 des Tabak-Arbeiters sehe ich mich veranlaßt, dahin zu berichten, daß der Vereinsvorsitzende mitteilte, daß ich in einem an die Generalversammlung gerichteten Schreiben erklärt habe, daß bei anderer Arbeitsteilung die Anstellung eines dritten besoldeten Beamten nicht nötig sei. Ich konstatierte in der Mitgliederversammlung nur die Tatsache, daß der Vorstand, der jetzt den dritten besoldeten Beamten forderte und nunmehr auch ausdrücklich erklärt hat, daß ich mit Arbeit überbürdet war, — was meine Erkrankung an hochgradiger Nervosität zur Folge hatte und die Ärzte mir dringend anrieten, diese Arbeit aufzugeben — mir bereit Hilfeleistung weigerte, indem mir in den Vorstandsitzungen wiederholt erklärt wurde, diese Arbeit könne eine Person bewältigen, hätte doch der Textilarbeiterverband nur einen besoldeten Beamten, der auch noch die Redaktionsarbeit des Fachblattes zu verrichten habe. Im übrigen vermittele ich in dem Versammlungsbericht noch die vom Vereinsvorsitzenden gehaltenen Programmrede, aus der hervorgeht, nach welcher Richtung der Vorstand wirken will. Im Mitgliederinteresse liegt es jedenfalls, wenn die Mitglieder auch davon Kenntnis nehmen können. Ernst Lorke.

**Leipzig.** Eine öffentl. Tabakarbeiter u. Arbeiterinnenversammlung tagte am 22. Oktober im Römischen Hof. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete der Delegierte Kollege Poppe Bericht von der Generalversammlung. In kurzer, treffender Weise schilderte er die Verhandlungen, die ja schon durch die Presse bekannt geworden sind. Bei der Konsumvereinsfrage kam er auf die Leipziger Verhältnisse zu sprechen. Die Generalversammlung überläßt es den

einzelnen Zahlstellen, dementsprechend, wenn Nutzen für den Verband zu erwarten ist, zu agitieren. Leipzig hat durch selbiges Verfahren etwa 100 Mitglieder gewonnen. Auch den Arbeitsnachweis hält Redner für Leipzig von Nutzen. In reger Weise wurde über diese Fragen gesprochen. In einer Resolution erkannte die Versammlung die Beschlüsse der Generalversammlung an und versprach, weiter zu agitieren für den Verband. Dann erstattete der Delegierte vom Gewerkschaftskartell Bericht über das verfloßene Jahr. In der Debatte kommt der alte Antrag, eine bestimmte Beitragsnorm pro Vierteljahr zu erheben, durch einen neuen Beschluß wieder zur Gültigkeit. Es wird beschlossen, pro Monat von jedem Mitglied 5 Pfg. zu erheben zur Deckung der Kosten für das Gewerkschaftskartell. Ueber die Neuwahl von zwei Delegierten entspann sich eine längere Debatte, weil die Fabrikantenvereinigung einen Delegierten mitemitteln wollte. Derselbe Delegierte wurde aber auch von den Verbandsmitgliedern vorgeschlagen. Es wurden die Kollegen Lehmann und Kriebler einstimmig gewählt. Unter Gewerkschaftlichem wurde beschlossen, die Frage der Fremdengebührenzahlung zu untersuchen.

**Schwepnitz.** In der Fabrik des Herrn Dieb sind Lohn-differenzen ausgebrochen. Und zwar sollte für eine Cigarre — Reifsacon, 16 Centimeter Länge, 6 Centimeter Umfang, am Einschlag ganz spitz, Decke überstehend, Einlage gemischt, Java-Umblatt, Sumatra-Decke — für 8.50 Mk. pro Mille gemacht werden. Das ist unmöglich, denn es ist nichts dabei zu verdienen. Der erste Kollege, der sie machen sollte, hat die Arbeit aufgegeben. Es war einer der Aermsten, den er damit maßregelte, wie der Fabrikant sich ausgeprochen. Darum Kollegen, meidet Schwepnitz.

**Orson.** Eine Mitgliederversammlung, die im Lokale des Herrn de la Haye stattfand, beschäftigte sich mit den bei der Firma Adolf Lendering vorliegenden Differenzen. Der Kollege Fischer-Düsseldorfer besprach in längerer Ausführungen die bestehende Sperre und betonte u. a., daß diese bisher in der befriedigendsten Weise durchgeführt worden sei. Trotz mehrmaligen Vorstellungen von seiten der Lohnkommission kann sich Herr Lendering nicht entschließen, die so beiseitigen Forderungen zu bewilligen. Es ist trotzdem nicht daran zu zweifeln, daß die Arbeiter den Sieg erringen, wenn in der bisherigen Weise der Kampf weiter geführt wird. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die heute im Lokale de la Haye tagende Mitgliederversammlung erklärt sich mit der Aufrechterhaltung der Sperre bei der Firma Adolf Lendering einverstanden. — Wir ersuchen noch die Kollegen allerorts, den Zuzug nach Orson bis auf weiteres streng fernzuhalten.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

## Litterarisches.

**Mainzer Parteitag-Protokoll** mit einem Anhang: Bericht über die Mainzer Frauenkonferenz. 264 Seiten. Preis 50 Pfg., geb. 75 Pfg., Porto 20 Pfg. (Verlag der Buchhandlung des Vorwärts, Berlin SW. 19.)

Neben den Berichten und Debatten über die Tätigkeit des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion geben dem Mainzer Protokoll die Beratung der neuen Parteiorganisation, der Landtagswahlfrage, der Stellung der Partei zur Handels- und Verfassungspolitik und zur brennenden Frage der Weltpolitik eine besondere Bedeutung. Das Protokoll der Frauenkonferenz ist eine wertvolle Bereicherung; ein ausführliches Sachregister und eine genaue Zusammenfassung über das Schicksal jedes einzelnen Antrages zum Parteitag ermöglichen sofortiges Auffinden jedes einzelnen Punktes der zahlreichen Verhandlungsgegenstände.

## Vereinsteil.

### Central-Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftstotal: Hamburg-Ohlenhorst, Mozartstr. 5, I.

| Folgende Beiträge sind bei der Hauptkasse eingegangen: |        | Cannstatt . . . . . M 12.74                  |         |
|--|--------|--|---------|
| Burgheimfurt . . . . .                                 | M 50.— | Vernburg . . . . .                           | 50.24   |
| Calmbach . . . . .                                     | 50.—   | Summa M 259.71                               |         |
| Silbesheim . . . . .                                   | 80.—   | Zuschüsse an die Ortsverwaltungen:           |         |
| Weihenfeld . . . . .                                   | 50.—   | Liegnitz . . . . .                           | M 100.— |
| Barmbeck . . . . .                                     | 400.—  | Lauban . . . . .                             | 50.—    |
| Böttingen . . . . .                                    | 100.—  | Leipzig . . . . .                            | 200.—   |
| Coblenz . . . . .                                      | 75.—   | Harburg . . . . .                            | 100.—   |
| Schwepnitz . . . . .                                   | 100.—  | Goch . . . . .                               | 100.—   |
| Goslar . . . . .                                       | 50.—   | Summa M 550.—                                |         |
| Trebnitz . . . . .                                     | 50.—   | Durch die Hauptkasse erhaltenen Krankengeld: |         |
| Neumarkt . . . . .                                     | 100.—  | H. Fuchel, Steinseifersdorf M 10.80          |         |
| Salbau . . . . .                                       | 100.—  | G. Vub in Hapsloch . . . . .                 | 28.80   |
| Malsh . . . . .  | 50.—   | D. Gannig in Oschag . . . . .                | 10.80   |
| Summa M 1250.—   |        | E. Tiede in Glückstadt . . . . .             | 10.80   |
|  |        | A. E. Iel in Neisse . . . . .                | 10.80   |
|  |        | K. Zwiderl in Altena . . . . .               | 18.—    |
|  |        | (Kurkosten) . . . . .                        | 18.—    |
|  |        | Summa M 90.—                                 |         |

| Sterbefälle:       |        | Hamburg, den 22. Oktober 1900. B. Otto.  |  |
|--------------------|--------|--|--|
| Mainheim . . . . . | M 4.55 | Beigetreten sind: In Berne i. O.: F. Haße aus Berne, Ahr.: Chr. Hanjes, Braunschw.: Anna Schmidt aus Toltz, Elise Klenke aus Braunschweig. Ahr.: C. Burgold, Neue Knochenhauerstraße 37. Calmbach: Chr. Vott aus Calmbach. Ahr.: Fat. Dürr.  |  |
| Verden . . . . .   | 150.—  | Dresden: Fr. Kamilla Busch aus Dresden, Fr. Selma Meißel aus Wilsdruff. Ahr.: R. Richter, Helgolandsstraße 3, II. Garktsberga: A. Fischer aus Driefen. Ahr.: G. Klein, Hauptstraße 39. Finsterwalde: H. Hoig, G. Töbriz aus Finsterwalde. Ahr.: S. Scherling, Katalauer Straße 13. Frankenberg i. S.: M. Gelbricht aus Braunsdorf, A. Liebcher aus Dolzenhain. Ahr.: Chr. Kunkel, Freiburger Straße 1, II. Gundelsheim: E. Brinz (z. 4 R. 1. Kl.), L. Geiger, Frz. Wirsching, Rosa Bolk aus Gundelsheim, Jos. Niede aus Böttingen, K. Weidler aus Wingerhausen, Chr. Koppensböfer aus Steinbach. Ahr.: Th. Feil, Böttingen 5, Gundelsheim. Lauban: D. Walther aus Lauban, G. Vater aus Lichtenau, A. Tiede aus Heidersdorf. Ahr.: F. Kubitz, Nikolaistraße 18. Pölsitz: Klara Göpel, Gutba Ademann aus Pölsitz, Anton Jenner aus Gessell (z. R. 1. Kl.). Ahr.: E. Kröber. Verden: Anna Diederzen aus Verden. Ahr.: E. Heinrich, Neumühlener Weg 1. Hauptkasse: G. König aus Dobrilugk (z. 13 R. 2. Kl.), Frau Minna Pechel und Anna Sönnedden aus Altena i. W. |  |
| Goslar . . . . .   | 20.—   | Hamburg, den 22. Oktober 1900. S. Leuz.  |  |
| Harburg . . . . .  | 15.—   | Um Mitteilung des Aufenthaltsortes des Mitgliedes Anton Jenner aus Gessell, Buch Nr. 9516a, ersucht S. Leuz.   |  |
| Summa M 1250.—     |        |  |  |

**Mitglieder-Versammlung:**  
In Leipzig: Montag den 29. Oktober abends 8 Uhr im kleinen Saale des Römischen Hofes, Mittelstraße 11. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl des Gesamtvorstandes. 3. Verschiedenes.  
Die örtliche Verwaltung.

### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Martinistr. 4, II.

### Bekanntmachung.

In Anbetracht der Tatsache, daß in vielen Zahlstellen Gelder vorhanden, die für die örtlichen Ausgaben nicht notwendig sind, ersuchen wir die Bevollmächtigten, alle überflüssigen Gelder an die Hauptkasse möglichst umgehend einzusenden.

Die Kontrolleure werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie im besonderen darauf zu achten haben, daß obige Anordnung ausgeführt wird.

**Der Vorstand** J. A.: C. Reichmann.  
**Der Ausschuß** J. A.: S. Meister.

Die Bevollmächtigten und auch sonstige Kollegen, die die Adresse des **Ing. Schlemmel aus Rawitsch** kennen, werden ersucht, uns dieselbe mitzuteilen.

Das auf den Namen **Andreas Skornia aus Banowitz** lautende Buch Ser. II, 32306, ist zu konfiszieren und an uns einzusenden.

Die Adresse des **Herrn. Grothe aus Brandenburg** (früher in Dresden) ist uns mitzuteilen.

### Der Vorstand.

Vom 16. bis 22. Oktober 1900 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

| A. Verbandsbeiträge:                |        | M 3 |  |
|-------------------------------------|--------|-----|--|
| 14. Oktober, Coburg . . . . .       | 20.—   |     |  |
| „ Speier . . . . .                  | 300.—  |     |  |
| 15. Berlin . . . . .                | 300.—  |     |  |
| „ Ottenfen . . . . .                | 1000.— |     |  |
| „ Verden . . . . .                  | 550.—  |     |  |
| „ Nafshausen . . . . .              | 94.08  |     |  |
| „ Seesen . . . . .                  | 60.—   |     |  |
| „ Mühlheim a. W. . . . .            | 20.84  |     |  |
| „ Gösch a. W. . . . .               | 55.—   |     |  |
| „ Mannheim . . . . .                | 50.—   |     |  |
| „ Liegnitz . . . . .                | 140.—  |     |  |
| „ Eilenburg . . . . .               | 100.—  |     |  |
| „ Klein-Krotenburg . . . . .        | 40.—   |     |  |
| 16. Langweh . . . . .               | 100.—  |     |  |
| „ Kreischa . . . . .                | 30.—   |     |  |
| „ Liebschwitz . . . . .             | 40.—   |     |  |
| 17. Barmbeck . . . . .              | 200.—  |     |  |
| „ Dresden . . . . .                 | 400.—  |     |  |
| 18. Frankenhäuser a. Kyffh. . . . . | 130.—  |     |  |
| 19. Wattencheid . . . . .           | 25.—   |     |  |
| 20. Klein-Werther . . . . .         | 52.—   |     |  |
| „ Brenzlau . . . . .                | 100.—  |     |  |
| 21. Schwedt a. D. . . . .           | 100.—  |     |  |
| „ Woltersdorf . . . . .             | 50.—   |     |  |
| „ Seiffennersdorf . . . . .         | 100.—  |     |  |
| „ Dreßkau . . . . .                 | 17.—   |     |  |

### B. Freiwillige Beiträge:

15. Oktober, Liegnitz, P. Schwarz . . . . . 6.—  
Berichtigung. In Nr. 42 des Tabak-Arbeiters muß es unterm 11. Oktober heißen: Delitzsch 450 M statt 20 M.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht. Ersuche die Herren Abender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind. Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.  
Bremen, den 22. Oktober 1900. W. Nieder-Welland, Kassierer.  
Martinistraße 4, II.

### Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

3. Quartal 1900.

| Einnahmen:  |          | M |  |
|---|----------|---|--|
| Juli.   |          |   |  |
| Kassenbestand am 1. Juli 1900 . . . . .           | 2622.02  |   |  |
| An Beitrag und Quittungsbüchern . . . . .         | 11327.78 |   |  |
| „ Einzelbeiträgen . . . . .                       | 15.20    |   |  |
| „ freiwilligen Beiträgen . . . . .                | 674.05   |   |  |
| „ zurückgezahlten Geldern . . . . .               | 39.—     |   |  |
| „ sonstigen Einnahmen . . . . .                   | 1.—      |   |  |
| „ Abonnement für den Tabak-Arbeiter . . . . .     | 3.—      |   |  |
| „ Darlehen aufgenommen . . . . .                  | 3000.—   |   |  |
| Für Annoncen . . . . .                            | 2.10     |   |  |
| Summa M 17684.21                                  |          |   |  |
| August.   |          |   |  |
| An Beitrag und Quittungsbüchern . . . . .         | 7160.85  |   |  |
| „ Einzelbeiträgen . . . . .                       | 10.15    |   |  |
| „ freiwilligen Beiträgen . . . . .                | 1091.90  |   |  |
| „ freiwilligen Beiträgen für Kopenhagen . . . . . | 15.—     |   |  |
| „ zurückgezahlten Geldern . . . . .               | —94      |   |  |
| „ sonstigen Einnahmen . . . . .                   | 3.85     |   |  |
| Für Annoncen . . . . .                            | 3.50     |   |  |
| Summa M 8285.69                                   |          |   |  |
| September.  |          |   |  |
| An Beitrag und Quittungsbüchern . . . . .         | 4290.20  |   |  |
| „ Einzelbeiträgen . . . . .                       | 3.—      |   |  |
| „ freiwilligen Beiträgen . . . . .                | 213.26   |   |  |
| „ zurückgezahlten Geldern . . . . .               | 15.—     |   |  |
| „ sonstigen Einnahmen . . . . .                   | 3.30     |   |  |
| „ Darlehen aufgenommen . . . . .                  | 3500.—   |   |  |
| Für den internationalen Fonds . . . . .           | 124.70   |   |  |
| „ Annoncen . . . . .                              | 1.40     |   |  |
| An freiwilligen Beiträgen für Holland . . . . .   | 128.55   |   |  |
| Summa M 8279.41                                   |          |   |  |

| Ausgaben:                              |        | M |  |
|--|--------|---|--|
| Juli.                                  |        |   |  |
| An Agitationskosten . . . . .          | 182.20 |   |  |
| „ Verwaltungskosten . . . . .          | 315.—  |   |  |
| „ anderen Verwaltungskosten . . . . .  | 276.32 |   |  |
| „ Zuschuß an die Zahlstellen . . . . . | 9930.— |   |  |
| Summa M 10653.52                       |        |   |  |

| August.                                |         | M |  |
|--|---------|---|--|
| An Agitationskosten . . . . .          | 335.65  |   |  |
| „ Verwaltungskosten . . . . .          | 315.—   |   |  |
| „ anderen Verwaltungskosten . . . . .  | 160.67  |   |  |
| „ Zuschuß an die Zahlstellen . . . . . | 1701.40 |   |  |
| Summa M 11512.72                       |         |   |  |

| September.   |        | M |  |
|--|--------|---|--|
| An Agitationskosten . . . . .                        | 141.05 |   |  |
| „ Reiseunterstützung . . . . .                       | 9.—    |   |  |
| „ Verwaltungskosten . . . . .                        | 225.60 |   |  |
| „ anderen Verwaltungskosten . . . . .                | 137.80 |   |  |
| „ Unkosten der Generalversammlung in Mainz . . . . . | 806.21 |   |  |
| „ Zuschuß an die Zahlstellen . . . . .               | 1398.— |   |  |
| Summa M 10719.66                                     |        |   |  |

### Bilanz:

|   |            |
|---|------------|
| Gesamt-Ausgabe . . . . .                  | M 32885.90 |
| Gesamt-Einnahme . . . . .                 | 24998.68   |
| Mehr-Ausgabe im 3. Quartal 1900 . . . . . | 7887.22    |

|  |         |
|--|---------|
| Kassenbestand am 1. Juli 1900 . . . . .                                    | 2622.02 |
| An Darlehen aufgenommen im 3. Quartal 1900 . . . . .                       | 6500.—  |
| „ Darlehen zurückgehalten durch freiwillige Beiträge für Holland . . . . . | 128.55  |
| Summa M 9250.63  |         |

|  |         |
|--|---------|
| Ab Mehr-Ausgabe vom 3. Quartal 1900 . . . . .        | 7887.22 |
| Bleibt Kassenbestand am 30. September 1900 . . . . . | 1363.41 |

Revidiert durch die Revisions-Kommission:  
F. Alting, A. Fiedler, Ed. Schüler.  
Bremen. **Der Vorstand.**  
W. Nieder-Welland, Kassierer.

**Vom Vorstande sind ernannt:**

Für **Altona:** Gottl. Oertgen als 1. Bev., H. Rathgeber als 2. Bev., Th. Reimer als 3. Bev.; E. Tige, M. Jänker, H. Peterreit als Kontrollreure.  
 Für **Bremerhaven:** Diedrich Forke als Kontrollreure.  
 Für **Burgsteinfurt:** W. Feld jun. als 1. Bev., W. Upmann als 2. Bev., Joh. Wasbring als 3. Bev.; W. Feld sen. als Kontrollreure.  
 Für **Delitzsch:** M. Hartmann als 1. Bev., W. Schuster als 2. Bev., H. Ehrhorn als 3. Bev.; W. Böhnel, W. Rabe, G. Richter als Kontrollreure.  
 Für **Eberswalde:** Max Muchow als 1. Bev., Max Renner als 2. Bev., Franz Kücke als 3. Bev.; Max Engler, Adolf Mäder, Mich. Heering als Kontrollreure.  
 Für **Frankenstein:** Joh. Wagner als 1. Bev., Paul Hahn als 2. Bev., Franz Stimpel als 3. Bev.; Rob. Hauke, Bruno Sommer, Karl Mücke als Kontrollreure.  
 Für **Guben:** Paul Nothe, Karl Mayer, Eugen Brandt als Kontrollreure.  
 Für **Hamel:** Wilh. Lambrecht als 1. Bev., Karl Wöhle als 2. Bev., Karl Tegtmeyer als 3. Bev.; Karl Bothmann, Herm. Schumacher, Heine Lütke als Kontrollreure.  
 Für **Kreischa:** Herm. Leonhard als Kontrollreure.  
 Für **Klein-Krochenburg:** Adam Aug. Krammig, Joh. Jakob Sturm als Kontrollreure.  
 Für **Kupferdreh:** A. Suand, Joh. Stumpf als Kontrollreure.  
 Für **Lauen:** Albert Müllenstädt als 1. Bev., Roman Depjinsky als 2. Bev., Max Wittig als 3. Bev.; Eugen Lütke, Hugo Botte, Wilh. Grobert als Kontrollreure.  
 Für **Schwiebus:** Otto Raaf als 1. Bev., M. Geroldt als 2. Bev., H. Sohr als 3. Bev.; G. Engler, A. Schindler, D. Freund als Kontrollreure.  
 Für **Spandau:** Karl Bernstein als 1. Bev., Anton Patrieb als 2. Bev., W. B. Borgmann als 3. Bev.; Mich. Klöbner, Karl Dahms, Franz Biegel als Kontrollreure.  
 Für **Spreenberg:** Johs. Bentien als 1. Bev., Herm. Krönert als 2. Bev., Rich. Schiemenz als 3. Bev.; W. Maritz, Rich. Klauer, Ernst Wulz als Kontrollreure.  
 Für **Würrburg:** Max Hennerich als Kontrollreure.

**Provisorisch aufgenommen sind:**

Jakob Reinhold aus Brimmelswig bei Altenburg. (1)  
 Willy Richter aus Nügelwäde. (33)  
 Hermann Weh aus Kl.-Krochenburg. (187)  
 Hermann Handke, Paul Schiller, Herm. Eckert (sämtl. z. N.), Hugo Potthof aus Schwiebus. (331)  
 Anna Paulitsch aus Jauer, Pauline Stief geb. Borrnann aus Bremberg, Anna Masch geb. Vogt aus Peterwig, Agnes Bimmer geb. Kahl aus Hermersdorf, Oswald Dittich aus Peterwig. (188)  
 Otto Cramer aus Schwedt a. O., Fritz Tiedemann aus Lübbchen. (24)  
 Alex. Kerthoff, Heine Wasbring, Heine Böhle aus Burgsteinfurt. (20)  
 Heine Thormeyer aus Neuhaldensleben. (362)  
 Eduard Bschmann aus Volkmarzdorf. (442)  
 G. Müller aus Wigenhausen. (319)  
 Max Fischer aus Schönd. (326)  
 W. Wujje aus Holzhausen, G. Brauns aus Düren, R. Ebrecht aus Minden (z. N.). (229)  
 Anna Sauer aus Reiffe. (134)

Frau Huber geb. Jden, Mathilde Steinweg, Gesine Häfner, H. Rühmann aus Bremen (z. N.), Sophie Hartdorf aus Schwarme, Katharine Langemann geb. von Salzen aus Ahim, Frau Dölle geb. Weingart aus Heiligenstadt. (34)  
 Pauline Gerstmann aus Ultrasfer. (284)  
 Fritz Schlömer aus Detmold (z. N.). (160)  
 J. Steuef, Heine Schott aus Scharmbed (beide z. N.). (334)  
 Joh. Eichhorn, Joh. Bernhardt, Peter Kapari, Karl Kapari, Mathilde Kapari, Jakob Wirschim, Math. Felzen, Joh. Staudt, Joh. Schwaderer, M. Wermann, Joh. Wermann, Math. Kranz, Joh. Fey, Fritz Föhr, N. Bollig, Jakob Knopp, Joh. Jakob. (371)  
 Alfred Bienenbach aus Hückeswagen, Arent Jean der Mühle aus Saaren. (72)  
 W. Hoffmann aus Minden. (229)  
 Christine Knopp aus Schillingst. (7)  
 Martha Stimpel aus Obersdorf, Frau Kiedel geb. Glombisch aus Ohlau. (447)  
 Max Hoppe aus Obershof (z. N.), Max Slowinski aus Strelno (z. N.), Otto Benzal aus Birnbaum. (9)  
 Jakob Schmus aus Bienenbach, Wilh. Frankenger, Ph. Lorz aus Ober-Namstadt. (277)  
 Otto Max Holzbögel aus Deberan. (414)  
 Herm. Weiß aus Dietersdorf. (221)  
 Jul. Mitterfeld aus Damsdorf (z. N.). (168)  
 Georg Will aus Hamburg. (144)  
 Karl Richter, Paul Kunze, Otto Dwiess, Paul Schulze, Richard Wille, Karl Lindner aus Dahnje. (68)  
 Aug. Stubbe aus Zwistringen. (69)  
 Wilh. Wittorf aus Neumünster (z. N.). (316)  
 Paul Büchel aus Eichenberg. (244)  
 Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolke man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

**Bremen. Der Vorstand.**

**Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:**

In **Burgsteinfurt:** Bei W. Upmann in der Fabrik von Klein u. Kalthoff.  
 In **Eberswalde:** Im Gasthof zum schwarzen Adler, Brautstraße 12. — Fremde können daselbst Logis erhalten.  
 In **Lauen:** Im Verkehrslokal bei Scholz, Marktstraße 16. mittags von 12—1 Uhr und abends von 6—7 Uhr.  
 In **Spreenberg:** In der Fabrik von A. Krüger, Friedrichstr. 5, durch H. Schiemenz. An Wochentagen von 8—11 Uhr vormittags und 2—6 Uhr nachmittags. An Sonn- und Festtagen von 1—2 Uhr mittags in der Wohnung, Petrigasse 6.

**Mitgliederversammlungen.**

(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)  
 In **Bernburg:** Sonnabend den 27. Oktober abends 7/9 Uhr im Thüringer Hof. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal, 2. Verschiedenes. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.  
 In **Boizenburg:** Sonntag den 28. Oktober nachmittags 4 Uhr im Lokale zur Markthalle, Am Markt. — Die reisierenden Mitglieder wollen bis dahin ihre Beiträge begleichen.  
 In **Braunschw.:** Sonntag den 28. Okt. vormittags 11 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Welche Bedeutung haben

die Konsumgenossenschaften für die Tabakarbeiter. Referent G. Riensdorf-Ottensen. 2. Verschiedenes in Korporationsangelegenheiten.  
 In **Eberswalde:** Jeden ersten Sonntag im Monat im Gasthof zum schwarzen Adler, Brautstr. 12, vormittags 10 Uhr.  
 In **Geldern:** Sonntag den 28. Oktober vormittags 1/12 Uhr. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Verschiedenes.  
 In **Goch:** Freitag den 2. November Besprechung bei Witwe Schmitz. Sämtliche Mitglieder sind verpflichtet, zu erscheinen.  
 In **Heiligenstadt:** Sonntag den 28. Oktober. Tagesordnung: 1. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollreure. 2. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, bis dahin ihre Karte zu begleichen.  
 In **Klein-Krochenburg:** Sonnabend den 27. Oktober abends 8 Uhr im Gasthaus zur Krone.  
 In **Leisnig:** Montag den 29. Oktober abends 7/9 Uhr bei W. Manig Zusammenkunft. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist erforderlich.  
 In **Wahren:** Montag den 29. Oktober abends 7/8 Uhr im Lokale des Herrn Alfred Schmidt, Königstraße. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Wahl eines Vertrauensmanns. 3. Verschiedenes.  
 Da wir ein neues Lokal haben, möchte ich die Mitglieder bitten, dieses Lokal besser zu bejuchen.

**Goch. Die Kollegen werden ersucht, den Bezug nach hier mög-**

lichst fernzuhalten, weil wir mit den Fabrikanten in Unterhandlung stehen zwecks Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.  
 Kupferdreh. Da hier zwecks Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Unterhandlung getreten wird, ersuchen wir, den Bezug bis auf weiteres fernzuhalten. — Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß hier keine Reiseunterstützung ausgezahlt wird.  
 Liegnitz. Die Beiträge werden bei Herrn Ohla, Kogbachtstr. 12, I., jeden Sonnabend von 7—8 Uhr angenommen.  
 Rostock. Die von auswärts, insbesondere von Barth nach hier steuernden Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge regelmäßig einzufenden.  
 Seesen. Unser Vereinslokal befindet sich jetzt bei Adolf Brauers (Fremdenverkehr), Peterfilienstraße. Versammlungsabend jeden zweiten Sonnabend nach dem ersten im Monat.  
 Spreenberg. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der 2. Bev. H. Krönert die Verbandsbeiträge nach wie vor in seiner Wohnung Wilhelmstraße 16 zu jeder Zeit entgegennimmt.  
 Hamburg. Unser Verkehrslokal und Herberge ist bei v. Salzen, Kaffemacherreihe 6—7. Reiseunterstützung für Hamburg, Altona und Ditten bei Th. Reimer, Kl. Freiheit 67, I. 1., Altona a

**Roh-Tabak.**

Sumatra à 130 Pfg., Vollblatt mittel bis braun, 150 mittel u. dunkel, 180 dunkelbraun, 220 mittel u. braun, 230 mittel, 250 braun, 260 hell, 270 mittel u. dunkel, 280 hell u. mittel, 300 mittel u. hell, etwas matte Farben, 320 mittel, 330 hell u. graue Farben, 360 mittel u. braun, 380 mittel bis braun, **Borneo** 400, hellgoldfarbig u. etwas blaßgrau, **Java**, Einlage à 85, 90 u. 95 Pfg., leicht u. kräftig, **Java**, Umblatt à 110 u. 130 Pfg., sehr fein, **St. Felix-Brasil** 110—140 Pfg., **Mexiko**, Ertrag für **Brasil** 125 Pfg., kräftig, **Domingo** 105—115, **Carmen** 100—120 Pfg., **Havana** 500 bis 600 Pfg., **Mexiko-Decke**, gute Qualität, weißer Brand, deckt mit 3 Pfd. à 300 Pfg., **Losgut** 85 Pfg., **Cläffer Rebut**, Umblatt 80 Pfg., **Märker** 75 Pfg., **Formen, Pressen und Utensilien** empfiehlt und versendet stets prompt unter Nachnahme

Berlin, Brunnenstraße 188. M. Herholz.

En gros. **Rohtabak** En détail.  
**F. W. Helmecke, Magdeburg.**  
 Grosse Auswahl! Billigste Preise!  
 Preisliste gratis und franko.

**Aufzubewahren!**  
**Sumatra-Decktabake.** Ich will mein großes Lager in Sumatras schnell und gegen bar räumen. Deshalb offeriere ich zu meinen alten billigen Preisen, Versand nach ganz Deutschland gegen Nachnahme in Postpaketen oder in Ballen und gewähre den außergewöhnlichen hohen Diskont von 10 Prozent:  
 Deli Matschy H, Vollblatt, weißer Brand 140 \$  
 Pagoerawan S S I, groß, Mittelfarben . . . 180 \$  
 Paju Jambu Lankat, Vollblatt, gut deckend 200 \$  
 Deli Tabak, Vollblatt, guter Brand . . . 200 \$  
 Deli Tabak Matschy S, Mittelfarben, gut deckender Tabak . . . 230 \$  
 Deli Cultur, feinfarbiges Vollblatt, 3. Länge 250 \$  
 EP Pagoerawan S S S I, mittelfarb. bis hell 250 \$  
 Deli Tabak Matschy Lankat S, gut. Brand und Deckkraft . . . 250 \$  
 Senembah Matschy B K, Vollblatt, reine herrliche Mittelfarben . . . 280 \$  
 LP C/T, erste Sortierung, hellere Farben 280 \$  
 Senembah Matschy P, feine Farben und Brand, etwas getigert . . . 300 \$  
 Deli Matschy E S S I, gut deck., Mittelfarb. 330 \$  
 PD Deli, Vollblatt, rötlich hell, gut deckend 350 \$  
 Amsterdamer Deli, hellrotes Vollblatt . . . 375 \$  
 St. Cyr Deli, hellrotes Vollblatt, fein. Tabak 400 \$  
 BM Lankat L 2, feinste helle Farbe . . . 450 \$  
 Alle meine Umblatt- und Einlage-Tabake als Pfälzer pro Pfund 70, 73, 75, 80 und 85 \$, Uckermarkter 70 und 75 \$, Java 95 und 130 \$, Brasil 110, 120 und 160 \$, Carmen 105, 110, 120, 125, 130 \$, Domingo 120 \$ liefere zu diesen billigen Preisen netto Kasse ohne Diskont! Wer billig und gut fabrizieren will, kaufe bei mir.  
**Albert Kramolowsky**  
 Breslau, Ring 60  
 Roh- und Reutabak, Cigarettenfabrik.

Wer neue Ideen oder Erfindungen auf dem Gebiete der Cigarren-, Cigaretten- oder Tabak-Industrie hat, wende sich an **W. Hermann Müller** Berlin O. Alexanderstr. 22.

**Rohtabak-Lager**  
 Sämtliche Sorten Tabake empfehlen zu den billigsten Preisen  
**Hengfoss & Maak**  
 Altona-Ottensen, Bismarckstr. 28.  
 Fernsprecher: Altona 1463.

**Sumatra**  
 schöne mittelbraune Decke, Vollblatt, 2. Länge, weißer Brand, pr. Pfd. 1,50 \$ verzollt offeriert  
**Carl Krause, Dresden-N.**  
 Förstereistraße 9.

**Ein Cigarrenmacher**  
 mit allen Fächern der Fabrikation und des Geschäftes vertraut, sucht Arbeit.  
 Offerten bitte unter **A. Z. 20** an die Exped. dieses Blattes gelangen zu lassen.

**Rohtabak.**  
 Große Auswahl. Billigste Preise.  
 Sumatra-Decke, pr. Pfd. 1,50, 1,80, 2.—, 2,20, 2,50, 2,75, 3.—, 3,25, 3,50, 4.—  
 Sumatra-Umblatt, pr. Pfd. 1,10, 1,20, 1,30, 1,40, 1,50, 1,60, 1,70, 1,80, 1,90, 2.—, 2,25  
 Java-Decke, pr. Pfd. 1,50, 2.—, 2,25  
 Java-Umblatt, pr. Pfd. 0,90, 1.—, 1,20  
 Java-Einlage, pr. Pfd. 0,75, 0,80, 0,85  
 St. Felix-Brasil, pr. Pfd. 0,80, 1.—, 1,10, 1,20, 1,50, 1,80, 2,40  
 Domingo-Umblatt, pr. Pfd. 0,85, 0,90, 1,00, 1,10, 1,20  
 Carmen-Umblatt, pr. Pfd. 0,75, 0,80, 0,90, 1.—, 1,10, 1,20  
 Sedleaf-Umblatt, pr. Pfd. 0,80, 0,90, 1.—, 1,10, 1,20, 1,30  
 Gemischte Einlage, nur aus überseeischen, gesunden, originalen Tabaken bestehend, pr. Pfd. 0,70, 0,75, 0,80, 0,85  
 Versand unter Nachnahme.  
 Credit nach Hebereinkunft.  
**Brandt & Sohn**  
 Bremen, Breitenweg 30.

**Roh-Tabake.**  
 Große Auswahl. Billigste Preise.  
 Sumatra Decke 150, 180, 200, 225, 250, 300, 350, 400, 450, 500 \$ per Pfund.  
 Vorstendenden Decke 175, 200 \$, Einlage 90, 95 \$  
 Rava 80, 85, 90, 95, 105, 120, 125 \$  
 St. Felix 125, 135, 145, 175, 300 \$  
 Mexiko 225, 250, 350 \$  
 Losgut Umbl. u. Einl., gesund u. trocken, 85 \$  
 Cläffer Uckermarkter Wählerhaler zu den billigsten Preisen. — Jedes Quantum wird verkauft.  
 Nach auswärts Versand gegen Nachnahme.  
**E. Erbe, Berlin C., Auguststr. 36.**

**Rohtabak-Lager.**  
 Sumatra 1,60, 2,10, 2,30, 2,80, 3,50, 3,70 \$.  
 Java 1,10, 1,20, 1,35 \$.  
 Brasil 1,20, 1,35 \$.  
 Lose Blätter 90 \$.  
 Pfälzer Umblatt 90 \$.  
 Uckermarkter 75 \$.  
 Mache meine werten Genossen und Kollegen darauf aufmerksam, daß diese billigen Preise sich unter Netto-Kassa ohne Diskont verstehen.  
 Kredit nach Hebereinkunft.  
**Fr. Gottlieb, Magdeburg**  
 Grüne Armstraße 3.

**Rohtabak**  
 alte reife Ware, in allen Preislagen  
**H. Kurnicker, Berlin N.**  
 Lothringer Straße 8, am Prenzlauer Thor.  
**Rohtabak**  
 in- und ausländisch verzollt, empfiehlt und versendet per Nachnahme  
**Hermann Helmbold, Mülhausen i. Thür.**

**Rohtabak!**  
 Sumatra 120, 160, 200, 220, 240, 250, 280, 300, 350 \$, Java, Decke 160, 200 \$, Umbl. 100, 110 \$, Umbl. und Einl. 80 \$, Sedleaf 85, 95, 105 \$, Carmen 80, 95 u. 100 \$, Domingo, FF 100, F 90, A 85 \$, Mexiko, Umbl. u. Einl. 160 \$, Havana Vuelten, prima Qualität 280, 220 \$, Brasil, Einl., tabellos im Brand u. Qualität 95, 100, 110 \$, Umbl. 120 \$, Decke u. Umbl. 170 \$, Decke 200, 220 \$, gemischte, lose Blätter, nur überseeischer Tabak, sehr blattreich, 75 \$.  
 Versand verzollt gegen Nachnahme.  
**J. H. Koopmann, Bremen.**  
 Zwei tüchtige Hamburger Cigarren-Sortierer finden dauernde Beschäftigung. Lohn 0,75 bis 4 Mk. pro Wille. Etwaiger Stundenlohn wird mit 40 Pfg. berechnet.  
**F. C. Schwabe & Co. in Nauen.**  
 Junger tüchtiger Cigarrenmacher, welcher im Widelmachen verfertigt ist, sucht baldigst Stellung. Gest. Offert. an **Wilhelm Hacker**, Cigarrenmacher in Havelberg.

**Gustav Gampig aus Gahnau**  
 um Deine Adresse bitten  
 Deine Angehörigen.  
 Ersuche den Cig.-Macher **Andreas Skornia** aus Posen um seine Adresse.  
**Ernestine Schmidt, Sprottau, Markt 5.**  
 Ersuche die Bevollmächtigten, in dessen Bereich sich der Cigarrenarbeiter **Hermann Cordes** aus Daverden (Kreis Ahim) befindet, mir sofort seine Adresse mitzuteilen. Porto wird vergütet.  
**G. Cordes, 1. Bevollm., Langwedel.**

Unserem Kollegen und General **Viktor Heckel** zu seinem am 26. Oktober stattfindenden 46. Wiegenfeste die besten Glückwünsche.  
 Die Mitglieder der Offizierstafel der Genossenschafts-Filiale **Frankenberg.**  
 Unserer Kollegen **Dorothea Gröschler** zu ihrem am 26. b. Mts. stattfindenden 66. Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche von ihren Kolleginnen **Emma Garzer, Clara Richter, Agnes Mros.**  
 Unserem Freund und Kollegen **Karl Böttcher** aus Schwerin zu seinem am 24. Oktober stattgefundenen Wiegenfeste ein 999mal dannerms des Lebe hoch.  
 Die beiden Tischkollegen  
**E. G. L., Weiße-Warthe.**

Meinem lieben Neffen **Paul Müller** aus Glauchau, zur Zeit in Altona, zu seinem am 30. b. Mts. stattfindenden Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche.  
 Seine Tante **Anna Schumacher** Leipzig-Neuschönfeld  
**Briefkasten.**  
 Vereinst-Interate müssen gekennet sein. — Andere Interate sind vorher zu bezahlen. — Bei Einbindung der Beiträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.  
**Koll., Frankenberg** 50 \$ — **A. C., Stendal** 50 \$ — **A. S., Leipzig** 50 \$ — **G. E., Gahnau** 30 \$ — **W. S., Pirna** 50 \$ — **G. C., Langwedel** 50 \$ — **E. Sch., Sprottau** 80 \$ — **M. S., Frankfurt.** Offerten senden wir dem Interenten zu. Wird beantwortet die Offerten nicht